

Mehrheit der Bundesbürger lehnt öffentliche Muezzin-Rufe in Deutschland ab

Bei den christlichen Konfessionen standen die freikirchlichen Befragten dem Muezzin-Ruf besonders kritisch gegenüber: 65 Prozent sind gegen eine Erlaubnis, elf Prozent wollen ihn zulassen. Bei den landeskirchlichen Protestanten sind 64 Prozent gegen eine Erlaubnis und 13 Prozent dafür. 59 Prozent der befragten Katholiken sprachen sich gegen öffentliche Muezzin-Rufe aus, 15 Prozent befürworteten sie.

Die Ablehnung des öffentlichen Muezzin-Rufs überwiegt in allen politischen Lagern. Am stärksten war sie bei den Parteigängern der AfD. 90 Prozent waren dagegen und sieben Prozent dafür. Die Wähler von CDU/CSU und FDP sprachen sich jeweils zu 70 Prozent gegen die Erlaubnis aus, dafür waren 15 Prozent beziehungsweise neun Prozent. Bei den SPD-Sympathisanten äußerten 53 Prozent Ablehnung und 23 Prozent Zustimmung. Auch die Hälfte der Wähler von Bündnis 90/Die Grünen (50 Prozent bei 30 Prozent Zustimmung) sowie der Linken (49 Prozent bei 21 Prozent Zustimmung) will keine regelmäßigen muslimischen Gebetsrufe in deutschen Städten hören.

Für die Erhebung wurden 2.101 erwachsene Personen im Zeitraum zwischen dem 1. und dem 4. Mai befragt.